

VDP

## Verband Deutscher Privatschulen

Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft

Hamburg

Mecklenburg-Vorpommern

Schleswig-Holstein

### Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2009:

Grundlagen für Wahlempfehlungen des VDP — Landesverband Deutscher Privatschulen in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern and Schleswig-Holstein e.V. (VDP Nord)

*Bitte senden Sie diesen Fragebogen ausgefüllt bis 01.09.2009 an die Geschäftsstelle des VDP Nord per e-Mail, Fax oder auf „normalen“ Postwege zurück (e-Mail: [info@vdp.nord.de](mailto:info@vdp.nord.de), Fax: 0385 — 208 88-59; Adresse: VDP Nord e. V., Wismarsche, Str. 300, 19055 Schwerin) — Vielen Dank für Ihre Antworten!*

Name des Bundestagskandidaten: Herbert Schulz

Wahlkreis: 21 (Hamburg-Eimsbüttel)

Partei: DIE LINKE

### Fragenkomplex 1: Schulen in freier Trägerschaft

1. Was ist nach Ihrer Meinung der Grund dafür, dass Schulen in freier Trägerschaft grundsätzlich Schulgelder erheben (Mehrfachnennungen möglich)?

Gewinnstreben

elitärer Anspruch

individuelle Schülerbetreuung

pädagogische Zusatzangebote

Wartefrist (Zeit zwischen Aufnahme des Schulbetriebes and erstmaliger Zahlung von Finanzhilfe durch das Land: beträgt z.B. in Schleswig-Holstein zwei Jahre)

deutlich geringere finanzielle Aufwendungen der Öffentlichen Hand für Schüler/innen freier Schulen im Vergleich zu deren Aufwendungen für Schüler/innen staatlicher Schulen auch nach Ablauf der Wartefrist

2. Halten Sie die Erhebung von Schulgeldern für sozial vertretbar (Mehrfachnennungen möglich)

Schulgelder sind generell unsozial

Schulgelder sind sozial vertretbar bis zu einer Höhe von ... €/Monat

Schulgelder sollten einkommensabhängig erhoben werden

für Kinder aus einkommenschwächeren Elternhäusern sollte das Schulgeld z. B. vom Jugendamt getragen werden (ähnlich wie bei Kindertagesstätten)

3. Kindertagesstätten werden von den jeweiligen Bundesländern unabhängig von ihrer (kommunalen oder freien) Trägerschaft grundsätzlich nach den gleichen finanziellen Gesichtspunkten gefördert. Sollte dieser Grundsatz unter Betrachtung des Gleichheitsgebots künftig auch für die Ausgaben je Schüler für die Schaler/innen von Schulen in freier Trägerschaft angewandt werden (z. B. durch explizite Regelung im Grundgesetz)?

Ja

Nein

Unentschieden

4. Nach Artikel 7 Absatz 5 des Grundgesetzes ist in Ergänzung zu den übrigen Genehmigungsvoraussetzungen des Absatzes 4 eine „private Volksschule- (gemeint sind nunmehr die Grundschulen) nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung hierfür ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder wenn sie als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll. Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl in den Deutschen Bundestag für eine Streichung dieses Absatzes einsetzen?

Ja, weil  
(Mehrfachnennungen  
möglich)

diese Regelung nicht mehr zeitgemäß ist (stammt aus der  
Verfassung der Weimarer Republik)

diese Regelung zu einer Sonderung der Schüler/innen nach  
Glaubensrichtungen, Weltanschauungen und/oder pädago-  
gischen Sonderwegen führt

diese Regelung die Gründung von Grundschulen in freier  
Trägerschaft zusätzlich erschwert

Nein

5. Sollten unter bestimmten Umständen auch Ergänzungsschulen (Schulen, zu denen es in den jeweiligen Bundesländern keine staatlichen Entsprechungen gibt, z. B. Internationale Schulen, berufsbildende Schulen in neuen und innovativen Berufsfeldern) Finanzhilfen erhalten können?

Ja, wenn hierdurch ein wirtschafts- bzw. arbeitsmarktpolitischer Nutzen für die jeweilige Region entsteht

Nein  Unentschlossen

6. Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für eine Ergänzung des § 128 Absatz 1 Ziffer 3 SGB VII insoweit einsetzen, als die an freien Schulen angestellten Lehrer/innen beitragsfrei ebenso über die Landesunfallkassen versichert werden können, wie dies für die Lehrer/innen vergleichbarer staatlicher Schulen und für die Schüler/innen an staatlichen und freien Schulen bereits geregelt ist?

Ja  Nein  Unentschlossen

7. Haben Sie Anmerkungen zu dem Fragenkomplex „Schulen in freier Trägerschaft“?

.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....

## Fragenkomplex 2: Berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung

1. Welches Arbeitsmarktinstrument ist aus Ihrer Sicht am besten geeignet, Arbeitslosengeld I- und II-Empfänger dabei zu unterstützen, wieder nachhaltig in Arbeit zu kommen?

Eingliederungszuschüsse

Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung i. S. v. § 46 SGB III (z. B. Trainingsmaßnahmen)

Arbeitsgelegenheiten (sog. „1-E-Jobs“)

Förderung der beruflichen Weiterbildung

2. Welches Arbeitsmarktinstrument ist aus Ihrer Sicht am besten geeignet, dem künftig drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken und „Mitnahmeeffekte“ zu vermeiden?



Regelung bezogen auf die Berufsfelder Altenpfleger/in und Krankenpfleger/in durch das Konjunkturprogramm II befristet ausgesetzt.) Diese Nachweiserbringung gelingt jedoch nur in seltenen Fällen.

Sollte aus Ihrer Sicht die Förderung einer Umschulung - unabhängig davon, ob hierfür der Gesetzgeber eine mögliche Ausbildungsverkürzung vorsieht oder nicht – durch die Arbeitsagenturen und ARGEn möglich sein?

Ja

Nur, wenn die anschließende Vermittlungswahrscheinlichkeit in Arbeit sehr hoch ist

Nein, § 85 Abs. 2 SGB III soll unverändert weiter fortbestehen.

5. Haben Sie Anmerkungen zu dem Fragenkomplex „Berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung“?

-----  
Ort, Datum

-----  
Unterschrift